



200 Mark

Gegebenet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Die Voestische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeithilf“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiegel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für April 7000 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifen 5000 Mark im Inland. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kann Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 500 Mark die mm-Zeile. Familienanzeigen 140 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummern.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Voraustr. Redakteur: (in Ausn d. Handelsl.) Eli Jaban, Berlin. Ullstein-Verlags-Anstalt: Ullsteinstraße 10, Berlin. Ullstein-Verlag: Ullsteinstraße 10, Berlin. Ullstein-Verlag: Ullsteinstraße 10, Berlin.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Postfach: Zentrale Ullsteinstr. Amt Dönhofs 3600 - 9668. Postfach: Ullsteinstr. Amt Dönhofs 3606 - 9665. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 690.

Coucheurs Londoner Verhandlungen.

Annäherung in der Reparationsfrage.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

wo London, 6. April.

Coucheur hatte heute vormittag, bevor er die Briefe nach Paris antrat, noch eine längere Besprechung mit dem englischen Kriegsminister Lord Derby. Der seine Äußerung erklärte der französische Politiker einen Vertreter des Interesses Paris, daß er seinen Unterredungen keinerlei offiziellen Wert beizulegen habe, aber seine Unterhaltungen mit seinen politischen Freunden in England sich mit der internationalen Frage beschäftigen könnten. Er habe von der öffentlichen Meinung Englands gegenüber Frankreich einen günstigen Eindruck bekommen. England sei noch nicht an Frankreichs Seite an der Ruhr, es sei aber auch „nicht gegen Frankreich geneigert“. Die gesamte Abendpresse unterzeichnete, wachsende durch einen telegraphischen Briefwechsel, daß der zuerst im „Daily Telegraph“ veröffentlichte Bericht über die neuesten französischen Reparationsforderungen zum erstenmal die Zustimmung mit 50 Millionen einholte. In dieser Zustimmung zu bringen laßt sich mit den Forderungen der englischen und italienischen Regierung bereits als vernünftige Basis für Verhandlungen den Gläubigern, daß mögliche englische Schritte auf Grund der Reparationsfrage mit Coucheur sich bemühen, der englischen Öffentlichkeit die geteilte zweifelhafte Ansicht über die Hebung der Reparationsfrage zu verdeutlichen. Einmaliger von Frankreich zu Kellender Verhandlungsbereitschaften wieder zu nehmen.

Wenn nicht herauskommt, welche Bedingungen der sich jetzt ansehenden notwendigen Annäherung in der Reparationsfrage innerhalb der Grenzen zugrunde legen, wird man von deutscher Seite gut daran tun, sich äußerer Vorstöße zu befleißigen. Es hat bereits früher bei der Regelung ähnlicher ähnlicher Punkte aus dem Eisenbahnvertrag sich auch längeren Streit innerhalb der Grenzen eine Einigung verweigern, die - wie der Schicksalsspruch über Oberösterreich beweist - nicht eines Deutschlands Rechte sichert, sondern nur noch mehr verliert hat.

Millerand für Coucheur.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

wo Paris, 6. April.

Coucheurs Reise nach England ließ fortgesetzt im Vordergrund des Interesses und wird in allen politischen Kreisen von Paris lebhaft begrüßt. Alles, was man darüber äußern hört, bestätigt den heute früh weitergegebenen Eindruck neuerer Gelegenheit in der Umgebung Coucheurs, klarer Abklärung von selten der extremationalistischen Kreise, offener Zustimmung in den Kreisen, die den Gläubigern, mit unvereinbar Stellung, Coucheur gegen Coucheur auszusprechen, weil sich bei den ersten, vorläufiger Juristatistik bei den Elementen. Es befiel zum besonderen Bedenken, daß diese verschiedenen Erwägungen in der Öffentlichkeit nicht zu Wort und Luz gelangen, wie es bei so politischer Formierung der öffentlichen Meinung die Öffentlichkeit, da in Frankreich nicht in Frage, ist, verschiedene Erwägungen an manchen Stellen in Betracht zu ziehen.

Am Quai d'Orléans wurde heute oben erklärt, ein französischer Plan in der Art der vom „Daily Telegraph“ veröffentlichten Forderung erklärte vorläufig nicht. In die Absichten der französischen Regierung liege nur wenige Verlöbten eingesetzt worden, und Coucheur gehöre nicht zu diesen Forderungen. Er wäre auch gar nicht in der Lage gewesen, in London Mitteilungen über einen Plan der französischen Regierung zu machen. Der erste Punkt des Programms der französischen Regierung laute übrigens dahin, daß es keinesfalls französische Sache sei, die Initiative an den Forderungen zu ergreifen. Doch wie vor allem betont werden, daß Coucheurs Reise nach England nur die Stelle eines Vertrauensmannes sei, der ausschließlich mit Rechte als interessanter Persönlichkeit gelte, aber zuerst keine politische Bedeutung im Sinne irgendwelcher Verbindung mit der französischen Regierung habe.

Die am Quai d'Orléans vorübergehende Redezeit spiegelt sich im heutigen Blattartikel des „Temps“ wieder, der mit Bedauern festhält, daß unter den Klagen der britischen Regierung die öffentliche Meinung für längeren Überland gegen Frankreich liegt, eine Diskussion über den vom „Daily Telegraph“ vertretenen Plan insbesondere für, was nicht zu diesen Plan ab als ein der französisch-englischen Freundschaft nicht klügeres Nachwort, das „weder Frankreich noch England irgendwem verpflichtet, und führt weiter

aus, es wäre eine Umkehrung der Rollen, wenn die Verbündeten Deutschland Forderungen machen, fast muß abwarten, bis Deutschland Forderungen unterbreitet.

Der „Internationale“, der sich auch von Coucheur inspirieren läßt, äußert die Hoffnung, daß Coucheur sich darauf besinnen, daß sich in London über die englische Auffassung zu informieren. Das Blatt meint, Coucheur habe etwas Forderungen können, daß seine Reise ein privates Unterreden war und in keiner Weise die französische Haltung verändere. Nach Ansicht des „Internationale“ wäre es sehr gefährlich, wenn die Ansicht der internationalen Finanz, daß Frankreich den ersten Schritt machen werde, in der Welt Glauben finde. Es sei nicht Frankreichs Sache, einen berechtigten Schritt zu tun.

Wenig anders äußert sich das „Journal des Débats“ in einem seiner nicht geschilderten Artikel, in denen die Ansicht der von Millerand vertretenen Opposition innerhalb des Kabinetts Coucheur zum Ausdruck zu kommen sollte. Das Blatt begrüßt die Londoner Unterhaltungen Coucheurs und weist die Unterstellung, daß Coucheur Coucheur verdrängen wolle, als unwahrscheinlich ab. Nach seiner Ansicht könnte sich Coucheur, gerade, weil er nicht Millerand ist, viel freier in England auszusprechen, was aus westlich sein würde. Das „Journal des Débats“ betont weiter nachdrücklich, daß die Majorität nicht Selbstredend, sondern nur Mittel zur Regelung des Reparationsproblems und der Eisenbahnfrage sein dürfe. Das Blatt will nichts von seiner „abwärtigen und negativen Haltung“ wissen, die in Frankreich sich bei sehr vielen Gelegenheiten gezeigt habe.

Kein Kabinettrat bei Millerand.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 6. April.

Der Kabinettrat, der morgen früh stattfinden sollte, wird ausfallen. Der nächste Ministerrat wird am 12. April im Café stattfinden.

* Paris, 6. April.

Coucheur wurde heute vormittag, als er ein auf dem Platz der Republik aufgesetztes Panorama des Sturmes auf Danzmann am 25. Oktober 1918 behielt, von einer jungen Kommunistin als „Mörder“ beschimpft. Die Manifestantin wurde sofort verhaftet. Sie erklärte auf dem Polizeigang, sie habe aus Überzeugung gehandelt. Coucheur wurde beim Verlassen des Panoramas von einer großen Menge begleitet begrüßt.

Die verhaftete Frau in anwachsenden Kreisen verurteilen. Es wird ein Verfahren wegen antisozialistischer Rufe gegen sie eingeleitet werden.

Coucheur dementiert.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

wo Paris, 6. April.

Coucheur erklärte heute mittag dem Londoner Vertreter der „Associated Press“, der ihn um eine Versicherung über die Artikel der britischen Vertreter Vorrede erludt hatte, wörtlich: „Ich lehne jede Mitteilung ab, wie ich seit meiner Abreise in London jede Mitteilung abgelehnt habe. Ich will meine Zeit nicht damit verbringen, alle Unrichtigkeiten, die überall in der Presse verbreitet werden, zu berichtigt, und ich sehe mit Überzeugung, daß mit gewissen Äußerungen ausgehoben werden, die ich durchaus nicht teile.“

Die Internationale in Bregenz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

in Wien, 6. April.

In Bregenz tagt seit dem 4. April das Sekretariat der internationalen sozialistischen Konferenz für die Vorbereitung des Hamburger Kongresses. Beteiligt sind für Deutschland Bruns und Gröppel, für Deutsch-Oesterreich Friedrich Adler, für Schweden Stenning, für Dänemark Andersen, für Frankreich Brade, für Belgien Baetens, für England in Vertretung Peterborough Thomas und Wallhead und für Russland Abramowitz. Der erstgenannte Tag für den internationalen Kongress in Hamburg wurde auf den 21. Mai festgelegt.

Der Freitag nachmittag trat das internationalistische Arbeitsgemeinschaft einseitige Steuerkommission zusammen, die die Unterlegung über die wirtschaftlichen Fragen der Friedensverträge durchführt. An diesen Beratungen nahmen auch Coucheur (Frankreich), Simmen (Holland), de Broeckere (Belgien) Tom Shaw (England) teil. Simmen berichtigte über die Aufgaben der sozialdemokratischen Parteiparlementarisationen Frankreichs, Belgiens, Englands Italiens und der deutschen Sozialdemokratie geführten Verhandlungen.

Rumäniens umfrittene Staatsverfassung.

Von

Georg Striefler,

Verredakteur der „Vossischen Zeitung“.

* Bukarest, 2. April.

Die rumänische Regierung hat kurz vor ihrem die neue Konstitution für den Entwurf der veränderten Konstitution der veränderten Konstitution in beiden parlamentarischen Körperschaften zur Annahme gebracht und damit das programmatische Staatsgesetz, dessen Verwirklichungsbefugnis bisher die notwendige Einzelgesetzteil vermissen ließ, auf eine neue Basis gestellt.

Der parlamentarische Erfolg kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Liberalen, die mit einem imponierten Aufwand von Energie ihr Programm teillos durchzuführen, mit ihrer Verfassung nicht allen Teilen der Bevölkerung gerecht geworden sind. Die Führer der großen Parteien der neuen Bewegung, vor allem der Eisenbahnminister Nationalpolitiker, haben gegen öffentlich erklärt, daß sie die Konstitution nicht als zu Recht bestehend anerkennen, weil die inneren Wahlen, bei denen die Liberalen eine übertragene Majorität erzielten, nicht durchgeführt worden sind und weil die gegenwärtige Zusammenkunft des Parlamentes nicht dem wirklichen Willen entspräche. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß die Regierung Rumäniens, der man meistens der hier sehr mächtigen Opposition gegenüber, die durch den Wegzug prozediert, jetzt selber denn je im Zweifel ist, seit auch der König die neue Verfassung ratifiziert hat.

Der Großteil des rumänischen Volkes stand den Kämpfen um die Konstitution ziemlich teilnehmend gegenüber. Die rumänische Landbevölkerung fühlt sich durch die freiwillig erfolgte Regelung der Agrarreform zufriedengestellt und bringt anderen landwirtschaftlichen Fragen wenig Interesse entgegen. Anders verhält es sich mit den Minoritäten, besonders mit den Eisenbürger Sachsen und den Banater Schwaben. Beide leben sich in ihren Erwartungen und Hoffnungen, die sie an die Durchführung der sogenannten Karlsburger Verträge geknüpft haben, schwer enttäuscht. Ihren Standpunkt präzisierter der Präsident der „Deutschen Parteiparlementarischen Organisations“ Dr. Hans Otto Wöhlitz kurz vor Vorbereitung der neuen Verfassung mit folgenden Worten:

Die Konzeption des Verfassungsentwurfes in der Wiedereinstellung ist vollkommen negativ. Die Regierung hat es für gut, den Exekutive von ihrer Wiedereinstellungspflicht bei der Schaffung der neuen Staatsverfassung nicht zu lösen. Demgegenüber ist es meine Pflicht, festzustellen, daß alle Staaten, die in der Zeit nach dem Weltkrieg neue Verfassungen erlassen haben, die Wiedereinstellung in politischem, ökonomischem Sinne gelöst oder behandelt haben. Ich meine hier Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Finnland, Dänemark, Estland und Oestland. Die sich nicht nur im Falle, sondern entgegen dem Geiste unserer Zeit und den konstanten Entwicklungen, die der Welt des russischen Reiches und der ehemaligen österreichisch-ungarischen Reiches bei ganzen Welt gebracht hat. Der allem ist hervorzuheben, daß die Verfassungen aller Nachfolgestaaten des früheren Kaiserreichs die Wiedereinstellung einbringen beabsichtigen. Nur in Rumänien macht eine Ausnahme. Da ist es erstaunlich, daß sich ein besonderer Schritt des Entwurfes mit der Frage der Wiedereinstellung der Juden beschäftigt. Der Eisenbahnvertrag von St. Germain verpflichtet Rumänien im Artikel 7 alle Juden zu empfangen haben. Wenn in St. Germain verfassungsgemäß angenommen wurde, aber eben verliert der Artikel 11 derselben Eisenbahnvertrages ausdrücklich, daß Rumänien der Gemeinshaft der Sachsen und Gajler in Eisenbahnen in Sieben, und Schilagen sowie in Rumänien zu empfangen haben. Wenn in St. Germain verfassungsgemäß angenommen wurde, aber eben verliert der Artikel 11 derselben Eisenbahnvertrages ausdrücklich, daß Rumänien die Wiedereinstellung in der Verfassung Aufnahme finden - was ich für vollkommen richtig halte - so hätte auch der Artikel 11 des Eisenbahnvertrages in die Verfassung Eingang finden müssen, und ebenso eine Reihe seiner politischen Bestimmungen.

Diesem selbstverständlichen, auf dem Eisenbahnvertrag von St. Germain ruhenden Willen der heutigen Minoritäten wurde aber nicht entsprochen, so daß sich die neue Verfassung der Sachsen und Schwaben genötigt haben, gegen die gegen die neue Verfassung zu stimmen. Dagegen wurde der Artikel 7 des Eisenbahnvertrages teilweise - auch unter auf beiderseitiges Verlangen - in Rumänien im Augenblick keine Parteipolitik zum Ausdruck und ihnen ein Befehl für die Vertilgung der Staatsbürgerrechte an die Juden zu Rumänien - in die neue Verfassung aufgenommen. Dieser Willensentwurf des Entwurfes nicht natürlich keine politischen Gründe. Er sollte für die rumänische Bevölkerung ein eier Minorität für die neue Konstitution sichern, und in der Tat erklären sich auch die drei jüdischen Abgeordneten